

19. Wahlperiode

Antrag

der Fraktion der CDU

IT-Sicherheit in allen Behörden und Landesbetrieben sicherstellen!

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat von Berlin wird aufgefordert, unverzüglich die IT-Sicherheit von allen Berliner Landesbetrieben zu überprüfen und anschließend sicherzustellen. Dies gilt insbesondere für die Verwaltungsbereiche und Landesbetriebe, die nicht an das ITDZ angeschlossen sind.

Hierzu sind folgende Maßnahmen einzuleiten:

- Es ist unverzüglich eine Prüfung der verwendeten Software, insbesondere der Sicherheitssoftware und des Virenschutzes, durchzuführen. Dabei sollen die Empfehlungen des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) berücksichtigt werden.
- Software, für die Sicherheitsbedenken gelten, sind unverzüglich zu ersetzen.
- Es ist eine Stelle einzurichten, die sich ausschließlich mit den IT-Sicherheitsanliegen von landeseigenen Betrieben befasst.
- Alle landeseigenen Betriebe sind hinsichtlich ihrer IT-Sicherheitsinfrastruktur so engmaschig wie möglich zu überprüfen. Dabei ist der Fokus auch auf Angriffe durch andere Staaten zu richten.

Dem Abgeordnetenhaus ist bis zum 1. April 2022 zu berichten.

Begründung

Das BSI warnt vor dem Einsatz der Virenschutzsoftware des russischen Herstellers Kaspersky. Moderne Kriege werden nicht ausschließlich mit Waffen geführt, sondern Cyberattacken sind ein beständiger Begleiter von solchen Auseinandersetzungen. Dies sehen wir gerade durch Putins Angriffskrieg deutlich. Landeseigene Betriebe sind zentral für die Daseinsvorsorge von Berlinerinnen und Berlinern. Zudem können hier sensible Daten zusammenlaufen. Engmaschige Überprüfungen sind daher zentral für das Aufrechterhalten basaler Leistungen des Landes Berlin.

Berlin, 15. März 2022

Wegner Förster
und die übrigen Mitglieder
der Fraktion der CDU